

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren!

Auf den ersten Blick erscheint die Kassenkreditschuldung durch die Hessenkasse, die das Land Hessen den Kommunen anbietet, sehr generös.

Wenn man jedoch genauer hinschaut, ergeben sich eine Reihe von Problemen und das Angebot ist sicherlich nicht so generös wie es erscheint.

Über Jahrzehnte hinweg haben die CDU geführten Landesregierungen die Kommunen und Landkreise finanziell drangsaliert. Es wurden keine auskömmlichen Finanzmittel zur Verfügung gestellt, obgleich viele noch nicht einmal in der Lage sind, Pflichtaufgaben mit eigenen Einnahmen zu finanzieren. Aus diesem Grund mussten viele Kommunen und Landkreise, so wie unser Kreis Hersfeld-Rotenburg auch, in den vergangenen Jahren Kassenkredite aufnehmen.

Bis zum Jahr 2000 hatten die Hessischen Kommunen und Landkreise in ihrer Gesamtheit die drittgeringsten Defizite pro Kopf in Deutschland. Seit der Regierungsübernahme durch die CDU in Hessen verschlechterte sich die finanzielle Situation der Kommunen Jahr für Jahr. Mittlerweile haben die Hessischen Kommunen die zweithöchsten Defizite nach dem Saarland in Deutschland.

Die Lobeshymnen auf die Hessenkasse als gönnerhafte Entschuldungshilfe für die Gemeinden ist nichts anderes, als die altbekannte Gewohnheit der CDU, sich mal wieder aus der Verantwortung zu ziehen. Die eigene Lobpreisung hierbei, das Land wird mit der Hessenkasse zwei Drittel der kommunalen Schulden übernehmen ist dreist geschönt. Die Wahrheit ist, wie auch der Hessische Städte- und Gemeindebund klar geäußert hat, dass das Land mit der Hessenkasse lediglich ca. 25 % der Tilgung und Zinsen der Kassenkredite tatsächlich selbst finanziert. 75 % bleiben bei den Kommunen und Landkreisen hängen - auch nach den letzten Änderungen.

Im Gegenzug zur Kassenkreditschuldung soll die Genehmigungspraxis für Kassenkredite strikter werden. Kassenkredite sollen auf ihre ursprüngliche Funktion, kurzfristig die Liquidität sicherzustellen, zurückgeführt werden, d.h. sie sind nur noch mit kurzen Laufzeiten zulässig. Dazu wird möglicherweise auch das kommunale **Haushaltsrecht** geändert. Damit fällt für die Kommunen eine - zumindest derzeit - sehr zinsgünstige Finanzierungsmöglichkeit weg. Weiterhin sollen die Kommunen zukünftig verpflichtet werden, einen Liquiditätspuffer in Höhe von 2% der jährlichen Einnahmen vorzuhalten

So ist es auch bei uns: mit der Teilnahme an der Hessenkasse verpflichtet sich der Kreis für acht Jahre zu einem ausgeglichenen Ergebnis- und Finanzhaushalt. Zusätzlich müssen die 3 Millionen € Tilgung und Zinsen aufgebracht werden, hinzu kommt der Liquiditätspuffer.

Was dies für die Gewährleistung der Daseinvorsorge durch den Landkreis heißt, deutet sich am beabsichtigten Verkauf von Meeschendorf an. Hier soll die letzte Jugendfreizeiteinrichtung dem Diktat der schwarzen Null geopfert werden.

Der weitere Sozialabbau ist vorgezeichnet, besonders bei zukünftiger möglicher schlechterer Konjunkturlage.

Wann gibt es die nächsten Gebühren-, Steuer- bzw. Umlagenerhöhungen?

Die Hessenkasse ist ein Eingeständnis der schwarzgrünen Landesregierung über die völlig unzureichende Finanzausstattung der Kommunen. Statt nach Kassenlage des Landes immer wieder neue Sonderprogramme aufzulegen, brauchen die Kommunen dauerhaft ausreichende Finanzmittel. Dafür ist das Land verantwortlich.

Die Hessenkasse löst die strukturelle finanzielle Unterausstattung der Kommunen nicht, sie beinhaltet gravierende neue Probleme

.  
Aus diesen Gründen wird die Fraktion der Linken, wobei natürlich eine Entlastung des Kreises nicht zu leugnen ist, diese aber weitaus geringer ist, als die schwarz-grüne Landesregierung glauben machen will, gegen den vorliegenden Antrag stimmen.